

na der Regierung, die ge-
ellen, wurde
er der Be-
tigen Pflicht
Berliner Ad.
dauern auch
igen Bedin-
gung im
e Verpflich-
tung wieder zu
e Rechtsauf-
kosten durch

Die Spaltung des sächsischen Sozialdemokratischen Partei.
Der Parteitag gegen ein Kabinett Heldt.

Auf dem sozialistischen Landesparteitag und der Abgeordneten Wirth eine Erklärung ab namens der Mehrheit der sozialistischen Partei, daß die Fraktion bereit sei, für ihre Stellungnahme vor dem Landtag und der gesamten Partei die volle Verantwortung zu tragen. Sie sei sich der Tragweite ihrer Handlungswerte im vollen Umfang bewusst und werde die Entscheidung des am 30. März tagenden Reichsparteitages anstreben, der die Grundlinien für die sozialistische Politik zu bestimmen habe.

Nach einer 1½ stündigen Verhandlung nahm der Parteitag zu dieser Erklärung Stellung wie folgt: Auf die Erklärung der Fraktionsmehrheit erklärte der Landesparteitag, daß die USPD. in Sachsen auf dem Landesparteitag vom 6. Januar an dem Beschluss des Kabinetts Heldt nicht beteiligt und für diese Koalitionsregierung nicht verantwortlich sei.

Wie der Montagspost aus Dresden gemeldet wird, hat der Landesparteitag der sozialdemokratischen Partei Sachsen nach Entgegnahms der Krieger der Abgeordneten Helfrich und Müller, Leipzig mit 77 gegen 16 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der es festgestellt, daß die 25 Sozialdemokraten, die sich an der Abstimmung für die große Koalition beteiligten, sich eines großen Bruches der Parteidisziplin schuldig gemacht hätten. Sie seien verantwortlich für die Spaltung in der Fraktion. Der Parteitag fordert den Rücktritt des Ministerpräsidenten und den Appell an das Volk: es erachtet sämtliche sozialdemokratischen Minister aus dem Kabinett auszutreten. Sollte die Landtagsauflösung nicht erreicht werden, so sei ein Volksentscheid durchzuführen.

Herner wurde ein Antrag überdrückt, wonach die 25 Abgeordneten aus der Partei auszuschließen seien. Die Haltung der Abgeordneten, die sich an der Abstimmung für das Kabinett Heldt nicht beteiligt haben, wurde abgelehnt.

Heldt tritt nicht zurück.

Muß der Staatsanwaltschaft gemeldet: Der Ausschluß der sozialdemokratischen Partei hat gestern beschlossen, daß der am 4. Januar vom Landtag gewählte Ministerpräsident Heldt zurücktreten soll. Ministerpräsident Heldt ist nicht in der Lage, diesem Beschluss Rechnung zu tragen. Nach Artikel 27 der Verfassung ist lediglich der Landtag berechtigt, den Ministerpräsidenten zum Rücktritt aufzufordern.

Der Ausnahmegesetzstand in Sachsen bleibt. Außer in der Tagespresse aufgetretenen Ansicht, daß nach Bildung der Koalitionsregierung in Sachsen der Ausnahmegesetzstand sich bald als erledigt erweisen würde, ist festzustellen, daß es sich hierbei zumindest um eine vertretbare Unschwung handelt. Ob der Ausnahmegesetzstand aufgehoben werden kann, ist nicht abhängig von dem jeweils herrschenden Kabinett, sondern steht lediglich an dem Verhalten der Bevölkerungskreise, die den Ausnahmegesetzstand zur Notwendigkeit machen. Daß diese Kreise aber in ihrem unerhörten Verhalten und an der Durchführung weiterer verfassungswidriger und umstrukturierender Pläne sicher nur durch den Ausnahmegesetzstand gehindert werden und nach Auhebung des Ausnahmegesetzstandes sofort mit ihrem heiteren Treiben beginnen würden, darf keinem Zweifel unterliegen. Der Unzeichen, daß solche Bestrebungen vorhanden sind, gibt es ja genug. Die Bevölkerung Sachsen, namentlich die Industrie- und Handelskreise, haben aber das größte Interesse daran, die jetzt durch den Ausnahmegesetzstand geschaffene Ruhe und Ordnung nicht durch eine fröhliche und vorelige Aufhebung des Belagerungszustandes gefährdet zu sehen. Daß das gegenwärtige Kabinett das Bewußtsein des Wehrkreiskommandos um Ruhe und Ordnung unterstützt, darf als sicher gelten.

Eine Anfrage wegen der Ernennung des Landgerichtsdirektors Dr. Horn. Der Abg. Berg-Leipzig (deutsch-national) hat mit Unterstützung seiner Fraktion im Landtag folgende Anfrage eingereicht: Am 2. Januar 1924 ist der von dem ehemaligen Ministerpräsidenten und Justizminister Dr. Erich Seigner ins Justizministerium berufene Landgerichtsdirektor Dr. Horn zum Vorstand der Untersuchungsrichter und zum Landgerichtsdirektor in Leipzig ernannt worden. Zwischen Dr. Seigner und Dr. Horn besteht enge Freundschaft, die den Verdacht auslöst, daß die gegen Dr. Seigner eingeleitete Untersuchung nicht objektiv geführt werden kann. Wir fragen deshalb die Regierung: 1. Wie sie es mit dem notwendigen Beamtenabbaus vereinbaren kann, eins Stelle zu schaffen, um eine Förderung vorzunehmen, die gleichzeitig ungünstig ist. 2. Mit welchem Recht und bis nach der Reichsverfassung unabhängigen Richter in ein nach dem Gerichtsverfahrensbesetzungsmaßnahmen abhängiges Verhältnis zu einem Richter stellt, der außerdem mit dem Untersuchungsgesetz befremdet ist. 3. Welche Gewähr sie dafür bietet, daß die Untersuchung und die Verhandlung gegen Dr. Seigner unbeeinflußt von feindschaftlichen Pflichtgefühls durchgeführt wird.

Schulbesuch und Bußtag. Am Hintergrund auf den Frühjahrstag am 10. März 1924 hat der Landesverbandsvorstand der Christlichen Elternvereine an das sächsische Volksbildungministerium eine Einsprache gerichtet, in der die Bitte ausgesprochen wird, zu gestatten, daß diejenigen christlichen Eltern, denen die Feiertagsbelastung inneres Staunens und Gewissensbedenken ist, ihre Kinder am Frühjahrstag auf entzugsähnliche Entschuldigung hin vom Schulbesuch abschulen lassen dürfen.

Bewerberprüfung der Natur und Sachbezüge. Vom Samstagabend am 30. Dezember 1923 bis Sonntagmorgen 31. Dezember 1923 wirkte uns geschrieben: Mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab sind die Bewertungsprüfung der Naturals und Sachbezüge sowie der Deputate für die Abrede des Steuerabzugs vom Arbeitsschuh in Goldmark festgelegt worden. Dazu beträgt der Wert der vollen freien Station (Verpflegung, Wohnung, Beheizung und Beleuchtung) a) für weibliche Hausangestellte usw. monatlich 20 Goldmark, b) für männliche Haushangestellte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen usw. 30 Goldmark, c) für Angestellte höherer Ordnung (Arznei-Apotheker, Buchdrucker, Kartoffeln usw.) 45 Goldmark. Die Werte der Deputate, wie Getreide, Fleisch, Kartoffeln usw., die hauptsächlich den Arbeitnehmern in der Land- und Forstwirtschaft gewährt werden, sind bei den Finanzämtern zu erfragen. Wie bisher unterliegt dem Steuerabzug der gesamte Arbeitsschuh ohne Unterschied zwischen Barlohn und Sachbezügen. Die Summe des Barlohns und des Wertes der Sachbezüge ergibt also das Einkommen, welches der Berechnung des Steuerabzugs zugrunde zu legen ist. Da vom gesamten Lohnentnahmen zunächst bei monatlicher Zahlung 30 Goldmark als steuerfreier Lohnbetrag abgezogen sind, würde bei einer weiblichen Hausangestellten oder sonstigen peripheren bezahlten Person (z. B. Dienstmädchen), deren volle freie Station mit 20 Mark zu bewerten ist, ein Steuerabzug erst dann vorgunzen sein, wenn der ihr zugeschriebene Barlohn den Betrag von monatlich 80 Goldmark übersteigen würde.

Die neue Gewerbeausweise. Wie uns soeben der Verband Sächsischer Industrieller mitteilte, dürfte die Gewerbebesteuerung infolge Einspruchs des Landtags und wegen der auch von diesem Verbands bagagten erhobenen Proteste gefunden werden. Es empfiehlt sich daher, angelebt zu lassen, daß der Fälligkeitstermin für die 4. Rate bereits verstrichen ist, bei den zuständigen Steuerbehörden eine vermindernde Borauszahlung zu leisten oder ausführliche Stundungsgefaße einzurichten, die voraussichtlich genehmigt werden dürften.

Gründung eines Radio-Vereinigung in Leipzig. Im überfüllten Saale des Bürgersaales in Leipzig wurde am Freitagabend vor mehreren hundert Personen die Gründung der Radio-Vereinigung Leipzig, s. V. (R. V.) vollzogen, ein neuer Verein für die starke Anteilnahme, die dem Radio bis heute überall ungegenüber steht. Zu Beginn der Versammlung eröffnete Dr. Erwin Jäger eingehend den Bericht über die Schritte, die der provisorische Vorstand bisher unternommen hat. Dr. Jäger teilte mit, daß die Post künftig die sogenannten Experimentellwellen, die u. a. zum Betrieb von Apparaten für jegliche Wellenlänge bereitgehalten, auf Vorschlag der neuen Vereinigung an Mitglieder, sofern diese keine geschäftlichen Vorteile daraus ziehen wollen, verleiht will. Das ist ein Abgehen von dem starken Prinzip der Verordnung des Radiowesens, daß die Post blauer eingeschlagen hatte, und ein erstaunlicher Erfolg, der sicher auch viele bewegen wird, sich der neuen Vereinigung anzuschließen. — Weiter kommt der Vorsitzende folgendes mitzuteilen: Von den insgesamt für das Reichsgebiet vorgesehenen sechs Sendern kommt nunmehr ein Sender bestimmt nach Leipzig, leider erst im Februar. Die Reichswelle jedes einzelnen Senders wird etwa 150 Kilometer im Umkreis betragen. Später soll die Vereinigung als Ortsgruppe Leipzig eines in Vorbereitung befindlichen Mitteldeutschen Radiobundes werden. Als zweit der Vereinigung geben die Satzungen an: Zusammenschluß sämtlicher Radiofreunde in Leipzig und Umgebung; theoretische und praktische Unterweisung; Verbreitung und Förderung des Radiowesens, überhaupt Einflussnahme auf die Tätigkeit des Radiowesens. Ausdrücklich wurde betont und in den Satzungen festgelegt, daß die R. V. keine geschäftlichen Ziele verfolgt. Für die nächste Zeit ist im Physikalischen Institut der Universität Leipzig der erste Vortragsabend der Vereinigung in Aussicht genommen. Ein Auge findet ein Vortragsabend im Laufe des Januar statt, anschließend soll eine Ortsgruppe für das Erzgebirge mit dem Sitz in Aue gegründet werden. Weitere Auskünfte erteilt die Elektrizitätsgesellschaft Hans und Stadt in Aue.

Allgemeiner Turnverein (D. T.). Sonnabend abend fand im Bürgergarten des Vereins sein Weihnachtsvergnügen ab, das sehr gut besucht war. Kam an diesem Abend der turnerische Teil nicht zur Geltung, weil Turner im Jahre einschneiden wollten, so verlor doch die Veranstaltung sehr plötzlich. Begrüßung des Vorsitzenden, Gedichtvortrag, Tanz, Verlosung wechselten bunt miteinander ab. Und nicht vergessen sei die Aufführung des Weihnachtsmärchens "Dämon und Gretel beim Weihnachtsmann" das von Kinder- und Jugendturnern dargestellt wurde und großer Beifall fand.

Sport und Spiel.

U. Verein Aue. Die gestrigen Sprungläufe nahmen einen schönen, für Zuschauer und Beteiligte befriedigenden Verlauf. Die Schne- und Wetterverhältnisse waren dem Unternehmen günstig und die Zuschauermenge, die sich in erfreulicher Zahl eingestellt hatte, kam ohne kalte Füße durch die rasche Ablösung der Läufe zu einem ungetilten Genuss. Die Qualität der Schanze und der Springer hat die in den gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht. Die Aufhaltung und Sprungweite ließ sie auch einige anspruchsvolle Springer (Roehling, Lauter) war einwandfrei und gab Zeugnis von gewissenhaftem, stetigen Leben. Die an der dem Gelände anzupassenden Schanze höchstmöglichen Weiten von 18 Meter wurden mehrmals erreicht. Das Ergebnis des Wettkampfes war folgendes: Juniorenklasse 1. G. Höder Note 17,910, 2. Willi Haunemann Note 17,—, 3. Roehling 2. Lauter Note 16,820, 4. Götzner Note 16,080, 5. Uhlig, Aue Note 16,041. Alterklass 1: 1. Müller-Muehlemann Note 16,080 Meter, die Bestzeit des Tages. Jugendklasse 1: 1. Schädel Note 14,640, 2. Kugl, Götz Note 16,000. Den Wanderpreis des U. Verein Aue im kombinierten Lang- und Sprunglauf gewann für 1924: Ernst Höder mit Note 16,440. Die gestrige Veranstaltung brachte zu Gunsten der Altershalle einen Reinertrag von 800 Goldmark, womit die wagemutige, frische Jugend auf ihre Art dem bedürftigen älteren Ute Scherlein spendet.

Görlitz. Geplanter Umbau des Stadttheaters. In der letzten Ratsitzung wurde Kenntnis genommen von einem Entwurf des Stadtbaudirektors Vor über den Umbau des Stadttheaters. Die Durchführung des Planes würde etwa 250 000 Mark kosten. Dieser Betrag kann aus Mitteln der Stadt nicht aufgebracht werden. Es muß deshalb der Theaterverwaltung überlassen bleiben. Maßnahmen zu ergreifen, die die Ausbringung dieser Mittel ermöglichen.

Görlitz. Eine heftige Explosion. Um Sonn-

sonntagnachmittag kam es in einem Hause bis Bruchstelle einer Gasleitung zu suchen. Bei dem Aufräumen des Bruches wurden durch Schilder auf einen Stein runten gezeigt, die das in der Aufräumung befindliche Gas zur Explosion brachten. Dadurch explodierte unmittelbar eine Menge Gas, das sich in einem in unmittelbarer Nähe befindlichen Abwasserkanal gesammelt hatte, denn mit einem weißen hölzernen Stab wurde die auf dem Schacht liegende mehrere Centimeter schwere Steinplatte fast haushoch geschleudert. Bei dem Herunterfallen riss sie ein großes Stück der Überleitung der Straßenbahn herunter und hierdurch wurde ein 84 Jahre alter Handelsmann am Kopfe leicht verletzt. Er wurde mittels Krankenwagens noch dem Krankenhaus gebracht. Noch weitere Personen erlitten unbedeutende Verletzungen. Der Vorgang hatte eine große Menschenansammlung zur Folge, außerdem wurde der Straßenbahnbetrieb auf längere Zeit im Innern der Stadt unterbrochen. Von ganz besonderem Glück ist zu sagen, daß die schwere, weißlich brennende Explosion nicht weitwirksam im Gefolge hatte.

Leipzig. Der wildgewordene Elefant. Am Mittwochmittag eregte der Transport eines Elefanten vom Hauptbahnhof durch die Blücherstraße dadurch Aufsehen, daß der Dicke unter wilden den begleitenden Dresdner mit dem Rüssel packte und ihn mit großer Wucht mehrmals auf die Straße warf. Das Tier gehörte dem Käfigen Varum Kreiser, der zur Zeit mit seiner gesuchten Tiergruppe im Varieté Drei Linden auftritt. Wahrscheinlich ist der Elefant durch die lange Fahrt von Schweden bis nach Leipzig — bei der er ständig 8 Tage in dem Wagen stehen muhte — nervös geworden und hat sich in der Freiheit erst einmal ordentlich bewegung gemacht. Der Dresdner wurde nach Ankunft eines Rettungsbandes in das Krankenhaus gebracht, die Verletzungen sind glücklicherweise nicht ernster Natur.

Gerichtsraum.

12 Jahre Haftschloss für einen Vertrater. Vor dem 8. Strafgericht des Reichsgerichts in Leipzig hatte sich der 27 Jahre alte Agent Friedrich Jurgel aus Oberhausen im Rheinlande wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu verantworten. Gegen gute Bezahlung vertrat er den Gefangenen, der in Duisburg die Sicherung der Verbesserung im befreiten Gebiet, die Aufbewahrungskette der von den Franzosen geführten Güterkasse in Düsseldorf und den Aufenthalt des deutschen Abwehragitators Dr. Schimansky. Die Güterkasse fiel darauf in feindliche Hände. Dr. Schimansky wurde verhaftet und befindet sich noch heute in der Gewalt der Franzosen. Außerdem verschaffte der Angeklagte seinen Auftraggebern eine Menge deutscher Abwehrpropagandamaterials. Er vertrieb die Druckerei eines französischen Propagandablaues und machte den Versuch, wichtige militärische Papiere in die Hände der Franzosen zu spielen. Hierbei wurde er jedoch von einem Agenten, der in Wirklichkeit im deutschen Dienst stand, enttarnt und verhaftet. In der Verhandlung versuchte der Angeklagte den wilden Mann zu spielen. Nichtsdestoweniger erkannte das Gericht unter Verweisung militärischer Umstände auf 12 Jahre Haftschloss.

Letzte Drahtnachrichten.

Bürgernabkommen unter der Rheinlandkommission.

Paris, 8. Januar. Nach einer Paratausstellung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission sich mit der Verordnung der Reichsregierung vom 27. Oktober über die Einschränkung der Beamten- und Angestelltenzahl beschäftigt und beschlossen, eine Durchführung der Verordnung und Sparmaßnahmen zu ergreifen, sie jedoch zu kontrollieren.

Der übliche Vollsentwurf.

Görlitz, 8. Januar. Bei dem heutigen Vollsentwurf über die Frage, ob der Senat zurücktreten soll, wurden von 84 462 Wahlberechtigten 78 747 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf Nein (für das Verbleiben des Senats) 44 161, auf Ja (für den Rücktritt des Senats) 29 586. Nach diesem Ergebnis wird der Senat die Bürgerschaft aussöhnen und Neuwahlen ausschreiben, die innerhalb 45 Tagen stattfinden müssen.

Verhaftete Kommunisten.

Stuttgart, 8. Januar. Am Sonnabend nachmittag wurde hier der kommunistische Reichstagabg. Vary und der württembergische Landtagsabg. Müller nebst weiteren 4 ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Partei von der Kriminalpolizei verhaftet. Von den festgenommenen wurden alle mit Ausnahme des Reichstagsabg. Vary, der im Besitz von belastendem Material gewesen sein soll, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Von der Arbeitswiederaufnahme in der Berliner Metall-

industrie.

Berlin, 7. Januar. Das zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband am Sonnabend getroffene Abkommen wurde gestern von einer Kommission der Betriebs- und Werkerrichtervertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes angenommen. Es wurde beschlossen, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen wird.

Die Resultate der französischen Senatswahlen.

Paris, 8. Januar. Bei der heutigen Senatswahl waren 116 Mandate zu vergeben. Die zur Wiederwahl stehenden Senatoren verteilten sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Konservative und Liberale 19, Republikaner 18, Unterrepublikaner 24, Unabhängige Radikale 8, Radikale und radikale Sozialisten 47, sozialistische Republikaner 8. Die gewählten Senatoren verteilten sich auf die Parteien wie folgt: Konservative und Liberale 17, Republikaner 12, Unterrepublikaner 18, Unabhängige Republikaner 8, Radikale und radikale Sozialisten 81, sozialistische Republikaner 4, Sozial-

Münchner Nachrichten.

St. Nikolai.

München, 7. 1.: 8 Kirchenchor: Familiennabend i. Pfarr- Haussaale. Mittwoch: 8 Bibelstunde i. Pfarrhaus. Do. Donnerstag: 8 Hauptversammlung der Christlichen Elternvereinigung i. Pfarrhaus. Freitag: 8 Weihfest-Versammlung i. Pfarrhaus. Vortrag d. Herrn Gütes, Aus über Jugendkraft. S. Vorbericht. I. Kindergarten. S. Chor. V. C. Chor. Berlin junger Männer Hall. Donnerstag aus und nimmt daselbst an der Weltjugendtagseröffnung am Freitag teil. I. Stichwahlen finden noch statt.

Verantwortlich für den gelösten Inhalt: Paul Schmitz. Dr. Dr. u. Dr. Max Dr. & Hochschule. M. L. G. K. S.